

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Klaus Ernst, Susanna Karawanskij, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Michael Schlecht, Dr. Petra Sitte, Azize Tank, Dr. Axel Troost, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 17./18. März 2016 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ungleichverteilung von Vermögen ist in den vergangenen Jahren in Deutschland stark angewachsen. Besaßen 1998 die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 45 Prozent des gesamten Privatvermögens, lag deren Anteil 2013 bereits bei 52 Prozent. Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besitzt das reichste Zehntel in Deutschland sogar bis zu Dreiviertel des gesamten Privatvermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung daran nur noch 1 Prozent hält.

Der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands 2016 stellt fest, dass auch das konjunkturell gute Wirtschaftsjahr 2014 zu keinem nennenswerten Rückgang der Armutsquote in Deutschland geführt hat und diese auf hohem Niveau bei 15,4 Prozent verharrt. In Nordrhein-Westfalen ist sogar ein weiteres Anwachsen der Armutsquote zu beobachten. Das Ruhrgebiet ist nunmehr die armutspolitische Problemregion Nummer eins in Deutschland. Seit 2006 ist die Armutsquote dort um 27 Prozent angestiegen und liegt mit 20 Prozent weit über dem nationalen Durchschnitt. Die bundesweit am stärksten von Armut betroffenen Gruppen stellen mit 58 Prozent Erwerbslose und 42 Prozent Alleinerziehende. Auch die Kinderarmutsquote liegt mit 19 Prozent deutlich über dem Durchschnitt, wobei die Hälfte der von Armut betroffenen Kinder in Haushalten von Alleinerziehenden lebt. Erstmals liegt bundesweit auch die Armutsquote von Rentnern mit 15,6 Prozent oberhalb des nationalen Durchschnitts. Die Quote der altersarmen Rentnerinnen und Rentner ist seit 2005 um 46 Prozent und damit so stark angewachsen wie bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe.

Die Verfestigung der Armut in Deutschland, von der bis zu 13 Millionen Menschen betroffen sind, ist auch das Ergebnis der vergangenen Renten- und Arbeitsmarktreformen, sowie einer die falschen Prioritäten setzenden Kinder- und Familienpolitik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

umgehend ein Gesetzespaket für ein neues Solidaritätsprojekt für Deutschland vorzulegen, welches in einem ersten Schritt die Haushaltsüberschüsse des Bundes für eine Erneuerung des Sozialstaats nutzt, mehr sozialen Wohnungsbau fördert, das Absinken des Rentenniveaus stoppt, Armutsrenten durch Anhebung kleiner Renten abbaut und Kitabetreuungsplätze für alle Bedarfe zur Verfügung stellt.

Berlin, den 15. März 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die Fraktion DIE LINKE. setzt sich im Bundestag seit langem für einen Neustart des Sozialstaates in Deutschland ein. Die Fraktion DIE LINKE. sieht in den aktuellen Fluchtbewegungen nach Europa nicht nur eine Verpflichtung für die Beseitigung von Fluchtursachen und die schnelle soziale Integration von Flüchtlingen. Für die Fraktion DIE LINKE. wird durch die aktuelle Situation die Notwendigkeit unterstrichen, dass der Sozialstaat für alle hier lebenden Menschen endlich wieder zu stärken ist, anstatt ihn – wie in der Vergangenheit – immer weiter zu schleifen. Nachdem in den vergangenen 15 Jahren Forderungen nach einem dringend notwendigen Ausbau der sozialen Daseinsvorsorge, die insbesondere von Sozialverbänden, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und der Fraktion DIE LINKE. regelmäßig erhoben wurden, nicht aufgegriffen wurden, ist es spätestens jetzt an der Zeit, ein neues Solidaritätsprojekt gemeinsam anzustoßen.

In der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“ sagte Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) am 25. Februar 2016, „dass wir eigentlich ein neues Solidaritätsprojekt für unsere eigene Bevölkerung brauchen“. Die Menschen müssten merken, „dass ihre Bedürfnisse nicht weiter unter die Räder geraten“, so der Bundeswirtschaftsminister. Über die unmittelbaren Kosten der Integration von Flüchtlingen hinaus müsse es mehr Geld für sozialen Wohnungsbau und mehr Kita-Plätze „für alle“ geben. Außerdem müssten geringe Renten aufgestockt werden. „Das ist konkrete Politik in Deutschland, die sich ändern muss“, so der SPD-Vorsitzende in der Talkrunde. Es könne deshalb nicht sein, dass die Bundesregierung Haushaltsüberschüsse für „sakrosankt“ erkläre, denn der Preis dafür sei, „dass uns die Gesellschaft auseinanderfliegt“, hatte Gabriel weiter gesagt.

Die Fraktion DIE LINKE. als größte Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag teilt die Forderungen des Vizekanzlers für ein neues Solidaritätsprojekt, dass alle hier lebenden Menschen einschließt und unterstützt die Bundesregierung bei der konkreten Umsetzung dieser sozialpolitischen Maßnahmen, so sie von der Mehrheit der Bundesregierung umgehend angepackt werden. Die Erneuerung des Sozialstaats in Deutschland ist eine gesamtgesellschaftliche und dringend gebotene Aufgabe, die durch eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird. Diese Mehrheit sollte sich auch im Deutschen Bundestag widerspiegeln und kurzfristig in konkrete gesetzgeberische Maßnahmen übersetzt werden.